

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Das Azubiwerk Berlin gründen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein Azubiwerk Berlin zu gründen. Als Vorbild gelten das Studierendenwerk Berlin sowie die Azubiwerke Hamburg und München. Die Kernaufgabe des Azubiwerks soll darin bestehen, Auszubildenden günstige Wohnheimplätze anzubieten, ihnen Beratungsangebote zur Sicherung ihrer Ausbildung zu machen und zur Steigerung der Attraktivität von Ausbildungsberufen beizutragen.

Dabei soll das Azubiwerk Berlin:

- bessere und flächendeckende Versorgung mit preiswertem Wohnraum sicherstellen;
- Mensen und Cafeterien betreiben;
- Sozial- und Rechtsberatung anbieten;
- psychologische Beratung anbieten;
- Arbeitsmöglichkeiten vermitteln;
- Kinderbetreuung für Eltern in der Ausbildung anbieten;
- Kulturprogramme anbieten;
- den Austausch Auszubildender untereinander und auch international fördern;
- die Attraktivität von Ausbildungsberufen verbessern;
- Wohnheime und Wohnmöglichkeiten aquirieren, betreiben und verwalten.

Für minderjährige Azubis mit und ohne Fluchthintergrund soll das Azubiwerk ein Betreuungs- und Wohnkonzept anbieten. Unter anderem soll im Rahmen dessen pädagogisches Personal rund um die Uhr zur Verfügung stehen.

Ferner soll das Azubiwerk speziell Angebote für Geflüchtete schaffen, die sich rund um Spracherwerb, Ausbildungsbeginn sowie Aus- und Weiterbildung drehen.

Ein weiterer Schwerpunkt muss die Beratung bei Inklusionsbedarfen und die Beratung rund um aufenthaltsrechtliche Fragen und die Anerkennung ausländischer Schul- und Studienabschlüsse sein.

Die Finanzierung erfolgt durch die Ausbildungsumlage, staatliche Zuschüsse des Landes Berlin, Industrie-, Handels- und Handwerkskammer, Beiträge zum Azubiwerk sowie Nutzungsgebühren und Mieten von Azubis, Aufwandsentschädigungen z. B. für die Umsetzung von BAföG (übertragene Verwaltungsaufgabe) und kommunale Zuschüsse für Kinderbetreuung.

Begründung

Auszubildende sind eine tragende Säule unserer zukünftigen Wirtschaft. Ihre Rechte und Arbeits- wie Lebensbedingungen sollten daher stetig verbessert und gestärkt werden, um sicherzustellen, dass sie ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Berlin steht jedoch vor dem Problem, dass bezahlbarer Wohnraum für diese junge Zielgruppe immer seltener wird. Die steigenden Lebenshaltungskosten stehen oft in keinem Verhältnis zu den Ausbildungsvergütungen, die Azubis erhalten.

Vor diesem Hintergrund wäre die Gründung eines Azubiwerks in Berlin ein entscheidender Schritt. Es kann sich dabei an bewährten Modellen wie dem Studierendenwerk Berlin sowie den Azubiwerken in Hamburg und München orientieren. Die Hauptaufgabe dieses Azubiwerks wäre, bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende bereitzustellen, ihnen umfassende Beratungs- und Unterstützungsangebote anzubieten und generell die Attraktivität von Ausbildungsberufen in der Hauptstadt zu steigern. Daran haben auch Unternehmen, Kammern und Verbände ein originäres Interesse, sodass hier eine Kooperation angestrebt werden sollte.

Darüber hinaus soll das Azubiwerk eine Vielzahl von Funktionen erfüllen und Dienstleistungen anbieten, die insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten. Mensen und Cafeterien, psychologische Unterstützung, Kinderbetreuung bis hin zur Vermittlung von Arbeitsmöglichkeiten sind hier zentral.

Geflüchtete Menschen in sichere Ausbildungsverhältnisse zu bringen, ist für Berlin als Wirtschaftsstandort eine große Chance, sodass bei einem Azubiwerk für Berlin auf Angebote für Geflüchtete ein besonderes Augenmerk gelegt werden muss. Aufgrund der Vielfalt der Herkunftsländer und der damit verbundenen Herausforderungen ist hier eine professionelle Beratung zu aufenthaltsrechtlichen Fragen und zur Anerkennung ausländischer Schul- und Studienabschlüsse unabdingbar.

Die Gründung eines solchen Azubiwerks in Berlin würde nicht nur den Auszubildenden direkt zugutekommen, sondern auch der gesamten Stadt, indem sie ihre Position als attraktiver Ausbildungsort stärkt.

Berlin, den 5. Dezember 2023

Jarasch Graf Schedlich Wojahn
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen